

Unterstützt die Kampagne „save me“ des Augsburger Flüchtlingsrats durch Patenschaften!

## Antrag an die Stadt, 300 Flüchtlinge aufzunehmen

Empfehlung des Agendabeirats und des Ausländerbeirats für die Stadtratssitzung am 31.7.2008

Der *Agendabeirat – Sachverständigenbeirat für zukunftsfähige Entwicklung* hat am 7. Juli die folgende Empfehlung an den Stadtrat beschlossen:

Der Agendabeirat empfiehlt der Stadt Augsburg folgende Stadtratsbeschlüsse herbeizuführen:

1. Der Stadtrat fordert die Innenministerkonferenz auf, die nötigen politischen Entschlüsse zu fassen, Flüchtlinge, die in ein Nachbarland geflohen sind und vom UNHCR als schutzbedürftig eingestuft wurden, im sogenannten „Resettlement-Verfahren“ aufzunehmen. Dies soll im Interesse der Flüchtlinge baldmöglichst und unabhängig von Entscheidungen der EU geschehen.
2. Der Stadtrat beschließt für die Stadt Augsburg, ca. 300 Flüchtlinge im Resettlement-Verfahren dauerhaft aufzunehmen. Er ruft Bürgerschaft und Stadtgesellschaft zur Mitwirkung bei der Integration auf.<sup>1</sup>

Diese Empfehlung wurde bereits bei der vorausgehenden Sitzung des Agendabeirats Ende April vom Arbeitskreis Armutskonferenz eingebracht und konnte nun verabschiedet werden.<sup>2</sup>

Auch der Ausländerbeirat hat nach unseren Informationen über seinen Sozialausschuss einen Beschlussvorschlag zum Resettlement an den Stadtrat vorbereitet. Der Ausländerbeirat bezieht sich dabei auf einen einstimmigen Beschluss des Münchner Stadtrats<sup>3</sup> mit der gleichen Intention: das Ansiedlungsprogramm („Resettlement“) der UNO zu unterstützen und Patenschaften von Bürgern für Flüchtlinge zu fördern. Darüberhinaus soll das Sozialreferat dem Stadtrat gegebenenfalls einen Vorschlag zur Entscheidung vorlegen, wie die vorhandenen Strukturen ausgebaut werden können, sobald bekannt ist, ob sich die Bundesrepublik Deutschland an dem Resettlementprogramm beteiligen wird.

Ein Vertreter des UNHCR, des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, erläuterte auf einer Veranstaltung des Augsburger Flüchtlingsrats bei Tür an Tür am 10. Juli das Resettlement-Verfahren. (Moderation: Matthias Schopf-Emrich) Es gehe um die dauerhafte Ansiedlung von Flüchtlingen aus Zufluchtstaaten, für die eine Rückkehr in ihr Herkunftsland nicht möglich ist und ein Verbleib in dem Land, in das sie geflohen sind, auf die Dauer nicht zumutbar ist. Norbert Trosien aus Berlin, juristischer Berater der Regionalvertretung des UNHCR für Deutschland, Österreich und die Tschechische Republik, referierte vor leider nur 15 Anwesenden über die Kriterien und die bisherige Entwicklung des Resettlements.

UNHCR orientiert sich neben der Feststellung der Flüchtlingseigenschaft im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention vor allem an den besonderen Schutzbedürfnissen der Betroffenen. Diese zusätzlichen Voraussetzungen erfüllen beispielsweise:

- ◆ Personen mit besonderen rechtlichen oder physischen Schutzbedürfnissen;

<sup>1</sup> Auf den Antragstext folgen Erläuterungen, s.

[http://www2.augsburg.de/fileadmin/www/dat/04um/a\\_agenda/Agendabeirat/2008\\_ABei\\_Fluechtlingsaufnahme.pdf](http://www2.augsburg.de/fileadmin/www/dat/04um/a_agenda/Agendabeirat/2008_ABei_Fluechtlingsaufnahme.pdf)

<sup>2</sup> Im Agendabeirat sind 20 Institutionen und Personen von Wirtschaftskammern und Hochschulen, der DGB, Ärzte, Naturschützer, Kirchen, Architekten etc. vertreten. s. <http://www2.augsburg.de/index.php?id=10307>

Der Beschluss im Agendabeirat wurde mit großer Mehrheit gefasst, es gab aber auch Gegenstimmen und Enthaltungen, die aber nach unseren Informationen keine rassistischen Gründe hatten. Es ging mehr um Fragen: Wer zahlt das? Was ist mit den Kranken, Behinderten, Alten? Können sie intergriert werden? Wer kümmert sich um die Integration? Was geschieht mit alleinstehenden Frauen und minderjährigen Kindern?

<sup>3</sup> Münchner Stadtrat einstimmig für SAVE ME <http://www.save-me-muenchen.de/neuigkeit/items/stadtrat-einstimmig-fuer-save-me.html>

## Syrien: Sie leben nicht in Lagern

Aziz Aktas (im Bild) und Wolfgang Friedel berichteten auf der Veranstaltung des Augsburgers Flüchtlingsrats am 10. Juli 2008 von irakischen Flüchtlingen in Damaskus (Syrien). Von den sechs Millionen Menschen im Umkreis von Damaskus sind 20% Flüchtlinge, überwiegend aus dem Irak. Sie leben nicht in Lagern:

„Die ersten Flüchtlinge, die vor zwei, drei Jahren nach Damaskus gekommen sind, sind in normalen Wohnblocks untergebracht. Und bezahlen bezahlbare



Mieten. Diejenigen, die in den letzten vier, fünf Monaten kamen, haben es wesentlich schlechter erwischt. Sie sind meistens in Neubauten, die fertig sind und in Kellern, zu sehr horrenden Mietpreisen. Das ist ein großes Problem für die Leute wegen des Arbeitsverbots, das an sich verständlich ist in Syrien, nachdem dort die Arbeitslosigkeit offiziell 10% beträgt, aber inoffiziell über 30% liegt. Das heißt, die vielen neuen Leute zusätzlich sind für den kleinen Staat Syrien ein großes Problem. [...]

Es hat in diesem Jahr noch nicht geregnet, es wird keine Ernte geben in Syrien und damit werden die Preise für Weizen und die Grundnahrungsmittel enorm steigen, was wiederum die Flüchtlinge am meisten trifft. Es besteht ein Verbot, Hilfsgüter und Lebensmittel einzuführen aus Nachbarstaaten. [...] Der syrische Staat kontrolliert die gesamten Lebensmittel im Land. [...]

Wir haben drei Familien besucht, die dort gewohnt haben so ungefähr eineinhalb Jahre. Für vielleicht 30 m<sup>2</sup> Wohnraum sind 200 \$ fällig im Monat, also eine Riesensumme Geld. Das kann natürlich nur bezahlt werden, wenn Verwandte im Ausland das Geld schicken. Die Ersparnisse sind aufgebraucht [...]

Damaskus ist im Sommer sehr heiß, aber im Winter auch sehr kalt. Es gibt dort Schnee bei 500 m Meereshöhe. Der Winter wird sicherlich sehr hart für die Leute dort. [...]

Jeder will weg aus Syrien, irgendwo hin, es spielt keine Rolle wo, nur weg. Wenn man sie fragt, was sie erwarten: sie erwarten die Arbeitsmöglichkeit und sie erwarten, wo anders wieder Fuß zu fassen. [...] Man müßte neue Viertel bauen für die Leute, die dort auf längere Zeit bleiben sollen. Sie im Keller oder auf dem Bau zu lassen, funktioniert auf Dauer nicht. Andererseits will man keine Ghettos schaffen – das ist eine sehr schwierige Situation.

Das syrische Gesundheitssystem ist grundsätzlich für alle offen. Das Problem ist, ein Arzt kommt nie zu einem, man muss immer zu einem gehen. Wenn man hinget, ist eine lange Schlange und das ärztliche Personal redet oft sehr wenig mit den Patienten. Man bekommt im Regelfall eine Tüte mit Medikamenten, die man nehmen soll, ohne Anweisung, wie man sie nimmt. [...] Die Medikamente sind meist in Syrien produziert und man bekommt sehr viel, haben wir gesehen [...]"

- ◆ Folteropfer und traumatisierte Flüchtlinge;
- ◆ kranke Personen, deren Behandlung im Erstzufluchtsstaat nicht gewährleistet ist;
- ◆ Frauen, die in den Erstzufluchtsstaaten häufig besonderen Risiken ausgesetzt sind,
- ◆ insbesondere wenn sie allein stehend oder allein erziehend sind;
- ◆ Minderjährige oder ältere Flüchtlinge sowie
- ◆ Personen, die bereits Familienangehörige in den Resettlement-Staaten haben.

Unter Berücksichtigung dieser Voraussetzung ist der tatsächliche Bedarf an Resettlement-Plätzen weitaus geringer, als vielfach vermutet wird. Im Jahre 2006 hat UNHCR den Gesamtbedarf an

### „Keiner hat gefragt, wie es den Leuten geht“

Zum Schicksal der Frau auf dem Bild sagte Wolfgang Friedel auf der Veranstaltung des Augsburgers Flüchtlingsrats: „Sie hat in der Armee gearbeitet als Putzfrau, auf dem Nachhauseweg wurde sie von Milizen angegriffen und hat einen Durchschuss erlitten. [...] Seitdem ist sie querschnittsgelähmt. Es ist vor dreieinhalb Jahren passiert, die Geschichte. Sie hat sieben oder acht Operationen in US-Hospitälern gehabt in Bagdad, aber man konnte ihr dort nicht weiterhelfen. Man hat sie als gesund nach Hause geschickt. Jetzt ist sie ein Pflegefall, hat eine Menge Liegespuren bereits und Inkubitusgeschichten wie im Altenheim manchmal wenn sie schlecht gepflegt sind, die Leute bei uns. Man sieht ein paar so Stellen am Fuss. Ihr Bruder ist in Düsseldorf als Asylbewerber, hat sie uns gesagt, aber sie hat nichts mehr gehört von ihm seit acht Jahren. Die Mutter pflegt sie in einem Block. Der Rollstuhl ist zusammengebrochen. Den haben sie uns gezeigt, wie der beieinander ist. Die Ärzte sagen, es

gibt nur noch Behandlung außerhalb von Nahost für die Frau. Nachdem sie noch ein Gefühl in den Zehen hat, hofft sie immer noch, die Querschnittslähmung zu überwinden. Aber halt durch eine weitere Operation, irgendwas, was am Rückrat passieren muss. Ob ihr jemals geholfen werden kann, werden wir sehen. Wir haben es übers Rote Kreuz hier in Augsburg an das Klinikum weitergeleitet. Falls der Fall medizinisch interessant sein sollte und es gäbe eine kostenlose Behandlung, würde man für den Transport sorgen, dass die Frau hierherkommt mit ihrer Mutter. Aber ob das glückt, wissen wir nicht. Es kommt darauf an, ob das Klinikum so was gratis macht oder nicht. Es wird nur dann gemacht im Klinikum, wenn Schussverletzungen von hohem medizinischem Interesse sind. [*empörtes, verständnisloses Gemurmel im Publikum*] Es geht darum, dass sie was lernen. Das sind Dinge, die es bei uns nicht gibt, solche Verletzungsarten durch den Krieg. Da interessieren sich die Chirurgen dafür. Es geht um Studenten. Dass der Mensch auch einen Vorteil hat, wenn es im wieder gut geht, ist nicht der Punkt. Ich will es immer deutlich sagen, auch bei den ganzen politischen Diskussionen, die ich erwähnt habe: Keiner hat gefragt, wie es den Leuten geht! Da überlegt die Politik, wieviel, und überhaupt, und Kriterien. Aber die Not, die die Leute erleiden, dort wo sie sind, interessiert nicht. Auch die Auswahl, die Pässe und alle möglichen Dinge – ist ja dermaßen kompliziert [...] Na gut, die Frau ist sicherlich immer noch dort, weil bewegen kann sie sich nicht, wenn sie nicht heruntergetragen wird von vier Leuten oder so. Es ist im zweiten oder dritten Stock in dem Block, also es ist recht kompliziert, überhaupt rauszukommen.



Resettlement-Plätzen weltweit auf etwa 77.000 geschätzt; dies entspricht nur 0.9% der unter das Mandat von UNHCR fallenden Personen. Ungeachtet dessen reichen die gegenwärtig zur Verfügung stehenden Resettlement-Plätze nicht aus, um für alle von UNHCR für Resettlement vorgeschlagenen Personen tatsächlich eine dauerhafte Lösung in einem aufnahmebereiten Staat zu finden. So konnten beispielsweise von den im Jahre 2006 für Resettlement vorgeschlagenen 53.183 Flüchtlingen letztlich nur 29.560 Personen tatsächlich neu angesiedelt werden.

Von den im Jahre 2006 von UNHCR im Rahmen von Resettlement erfolgreich weitervermittelten Flüchtlingen waren etwa 50% Personen mit besonderen rechtlichen oder physischen Schutzbedürfnissen, 38% Personen mit fehlender Integrationsperspektive im gegenwärtigen Aufenthaltsstaat, 7% besonders schutzbedürftige weibliche Flüchtlinge, 5% Überlebende von Gewalt oder Folter sowie 2% Personen mit besonderem medizinischem Behandlungsbedarf.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> nach: UNHCR Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittländern (Resettlement) in der Bundesrepublik

Aziz Aktas und Wolfgang Friedel zeigten auf der Veranstaltung in einem erschütternden Bildbericht wie dringlich der Handlungsbedarf ist. Sie waren Teilnehmer einer Informationsreise der Caritas Salzburg und terre des hommes im Mai 2008 in Flüchtlingslagern bei Damaskus (Syrien). Insgesamt haben Syrien und Jordanien 2,2 Mio. irakische Flüchtlinge aufgenommen und sind als kleine Länder an der absoluten Kapazitätsgrenze, die Lage der Flüchtlinge spitzt sich zu. Eine Erweiterung des Resettlement-Programms würde nicht nur den ausgewählten Personen helfen, zu überleben. Es würde auch Aufnahmeländer wie Syrien und Jordanien entlasten.

Die Anwesenheit großer Flüchtlingsgruppen in unmittelbarer Nähe zu ihren konflikt- und krisengeplagten Herkunftsländern stellt für die Zufluchtstaaten nicht nur ein potentielles Sicherheitsrisiko dar. Vielmehr sind viele dieser Länder häufig auch kaum in der Lage, die grundlegenden rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse der Flüchtlinge zu befriedigen. Vor allem die angemessene Behandlung von besonders verletzlichen Flüchtlingen stellt die Zufluchtstaaten vor enorme Herausforderungen, die das politische und soziale Gefüge in diesen Staaten ernsthaft gefährden können.

Durch einen gezielten Einsatz von Resettlement können die Erstzufluchtstaaten aber entlastet und dadurch deren Schutzkapazitäten gestärkt werden. Somit können von Resettlement auch Flüchtlinge profitieren, die selbst nicht für eine Neuansiedlung in Frage kommen. Schließlich kann durch wohl überlegte Resettlement-Operationen unkontrollierte Weiterwanderung verhindert werden. Somit kommt die Neuansiedlung in Drittstaaten letztlich der Stärkung des gesamten Flüchtlingsschutzsystems zugute.<sup>5</sup>

Der Bundesinnenminister treibt ein undurchsichtiges Spiel. Zunächst brachte er vor Monaten den Plan auf, 30.000 irakischen Christen in Deutschland Zuflucht zu gewähren, angeblich auf Vorschlag der christlichen Kirchen. Diese haben aber diese Forderung nie erhoben. Prälat Karl Jüsten, Repräsentant der katholischen Kirche in Berlin, stellte jüngst in einem Interview mit dem Spiegel nochmal klar: „Die Kirchen haben immer humanitäre Gründe in der Flüchtlingspolitik angeführt. Allen Verfolgten muss in gleichem Maße geholfen werden, seien sie aus ethnischen, religiösen oder anderen Gründen verfolgt.“<sup>6</sup> Auf Schäubles Vorstoß hin gab es Zustimmung von Seiten der SPD-Innenminister und Widerstand aus dem Unionslager. V.a. die Innenminister von Niedersachsen, Schünemann, und Bayern, Herrmann, hatten „zuletzt die Befürchtung geäußert, die EU hole sich irakische Kriminelle und Terroristen ins Haus“.<sup>7</sup>

Mit dem Widerstand der Länder versuchte die deutsche Regierung Zeit zu gewinnen und verschob die Frage auf die EU-Ebene. Schäuble orientierte auf die EU-Ratssitzung der Justiz- und Innenminister am 24./25. Juli und gab sich den Anschein, „in der EU schon jetzt eine Lösung für die Iraker, die heute auf der Flucht sind, herbeizuführen“. Der gleiche Schäuble betrieb aber auf der EU-Konferenz das Gegenteil von dem, was angekündigt war.<sup>8</sup> Wir zitieren aus dem Spiegel:

#### **EU-EINIGUNG Schäuble stoppt Initiative für Irak-Flüchtlinge**

Überraschung in Brüssel: Auf Betreiben von Wolfgang Schäuble haben sich die Innenminister der EU darauf geeinigt, die Initiative zur verstärkten Aufnahme irakischer Flüchtlinge vorerst zu stoppen. Menschenrechtler und Oppositionspolitiker sind empört.

Ungeachtet der nach wie vor problematischen Lage im Irak hat die Bundesregierung ihre Initiative für eine verstärkte Aufnahme verfolgter Menschen überraschend auf Eis gelegt. Die EU-Innenminister kamen am Donnerstag auf Veranlassung von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) überein, vorerst keine zusätzlichen Flüchtlinge aus dem Irak aufzunehmen.

Deutschland, Konzeptvorschlag [http://www.unhcr.de/fileadmin/unhcr\\_data/pdfs/rechtsinformationen/5.2.\\_A-Stellungnahmen/080115-Resettlement-Konzept\\_final\\_1.pdf](http://www.unhcr.de/fileadmin/unhcr_data/pdfs/rechtsinformationen/5.2._A-Stellungnahmen/080115-Resettlement-Konzept_final_1.pdf)

<sup>5</sup> nach einem Vortrag von Norbert Trosien am 27.1.2008 bei den Hohenheimer Tagen zum Ausländerrecht [http://www.frsh.de/schl\\_43/s43\\_8-9.pdf](http://www.frsh.de/schl_43/s43_8-9.pdf)

<sup>6</sup> Spiegel online 24.07.2008 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,567872,00.html>

<sup>7</sup> Spiegel online 24.07.2008 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,567846,00.html>

<sup>8</sup> FDP und Grüne kritisierten Schäuble scharf. Die Grünen-Bundestagsabgeordneten Josef Winkler und Manuel Sarrazin warfen ihm einen „Zick-Zack-Kurs“ vor. Noch vor wenigen Tagen habe der Minister bekräftigt, dass Deutschland mit der Aufnahme besonders schutzbedürftiger Iraker aus den Nachbarstaaten Syrien und Jordanien beginnen wolle. *Spiegel ebd.*



### Eine wachsende Zahl von Staaten beteiligt sich, nur nicht die BRD

Norbert Trosien vom UNHCR sagte auf der Veranstaltung des Flüchtlingsrats in Augsburg:

„Es gibt eben weltweit eine wachsenden Zahl von Staaten, die sich an solchen Aufnahmeprogrammen beteiligen und damit kann ich eigentlich nahtlos überleiten zur Situation in der Bundesrepublik Deutschland. Denn hier existiert eben zu unserem Bedauern leider noch kein solches Programm, was eine systematische Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen eines Resettlement-Programms ermöglichen würde. Es ist nun so, dass in der Vergangenheit die

Bundesrepublik Deutschland immer wieder ad hoc Personen in Not aufgenommen hat. Diese Aufnahmeoperationen haben sich aber einerseits sozusagen nicht in allen Fällen an diesen UNHCR-Kriterien orientiert. UNHCR ist mit Ausnahme der Auswahl kosovarischer Flüchtlinge, die aus Mazedonien aufgenommen worden sind, in das Auswahlverfahren nicht eingebunden gewesen. So dass wir es im Grunde genommen dort im wesentlichen mit einer andern Klientel von Personen zu tun haben, die da aufgenommen worden sind. Und ein zweites Problem, wo wir als UNHCR eben Bedenken haben oder uns zumindest Verbesserungen wünschen, betrifft natürlich den Punkt, dass diese ad-hoc-Aufnahmen leider überhaupt keine Planung ermöglichen. Wenn wir davon ausgehen, Irak ist halt nur eine Beispiel-Situation für eine Flüchtlingskrise, in der Resettlement zumindest eine valide Option ist. Viel häufiger vor der Irak-Situation ist Resettlement auch als Instrument gerade in langanhaltenden Flüchtlingssituationen eingesetzt worden. Als Beispiele die Situation der Flüchtlinge in Afrika, beispielsweise auch buthanesische Flüchtlinge in Myanmar und Thailand; oder Nepal hat auch eine relativ große Flüchtlingscommunity, wo im Grunde genommen seit Jahrzehnten eine Lagersituation besteht, aus der keine Lösung in Sicht ist.

Um eben solche Flüchtlingssituationen zu adressieren, benötigt UNHCR, benötigt der internationale Flüchtlingsschutz *verlässliche Quoten*, um entsprechend planen zu können und solche Leute dann auch kontinuierlich übermitteln zu können. Aus diesem Grunde haben wir uns eigentlich bereits seit Jahren eingesetzt für die Einrichtung eines Resettlement-Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Es gab immer wieder Höhen und Tiefen bei diesen Bemühungen. Also im Jahre 2002 gab es eine Koalitionszusage der damaligen rotgrünen Regierungskoalition, 500 Aufnahmeplätze zur Verfügung zu stellen. Dann ist allerdings im Verlaufe der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz diese Idee wieder in den Hintergrund gerückt, ist dann auch später nach dem Regierungswechsel nicht mehr aufgenommen worden. Jetzt allerdings haben wir die Erfahrung gemacht, das die weiter sinkende Zahl von spontan einreisenden Asylbewerbern auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite auch die Diskussion um die sehr prekäre Situation irakischer Flüchtlinge in den Nachbarländern durchaus wieder Raum geschaffen haben, die Einrichtung eines Resettlement-Konzeptes wieder offener zu diskutieren.

Es ist jetzt so, dass wir im Mai 2007 ein Expertengespräch hatten, an dem Vertreter des Bundesministeriums des Innern und des Bundesministeriums Justiz, des Bundesamtes [für Migration und Flüchtlinge; *Red.*], der Kirchen und verschiedener anderer Behörden teilgenommen haben, wo wir diese Vorhaben nochmal auf die Tagesordnung gebracht haben. Und während wir dort in erster Linie nur Ablehnung geerntet haben, hat sich inzwischen in den letzten zwölf Monaten oder 14 Monaten halt doch Erhebliches getan. Es ist eben so, dass inzwischen aus dem Bundesministerium des Inneren durchaus deutliche Signale zu vernehmen sind, dass man um Resettlement als einen zusätzlichen Aufnahmeweg für Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland möglicherweise auf lange Sicht nicht mehr herunkommt. Also so wurde wenigsten von Herrn Heitmeier letztens Mitte Juni auf dem Symposium argumentiert. Es gibt beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge inzwischen eine Abteilung, zwei, drei Personen umfassend, die sich selber mit der Ausarbeitung eines Konzepts beschäftigen, was dann die Details des Auswahlverfahrens regeln soll. Und wir haben in der Zwischenzeit, um diesen Prozess voranzubringen, ein umfassendes Konzeptpapier zur Einrichtung eines Resettlement-Programms in Deutschland erarbeitet.“

Wir empfehlen die Lektüre dieses Konzeptpapiers der deutschen Regionalvertretung des UNHCR: *Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittländern (Resettlement) in der Bundesrepublik Deutschland, Konzeptvorschlag*  
[http://www.unhcr.de/fileadmin/unhcr\\_data/pdfs/rechtsinformationen/5.2.\\_A-Stellungnahmen/o80115-Resettlement-Konzept\\_final\\_1.pdf](http://www.unhcr.de/fileadmin/unhcr_data/pdfs/rechtsinformationen/5.2._A-Stellungnahmen/o80115-Resettlement-Konzept_final_1.pdf)

Die Bundesregierung folgte damit einer Bitte des irakischen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki. Dieser hatte die deutsche Initiative zur verstärkten Flüchtlingsaufnahme bei seinem Berlin-Besuch am Dienstag und Mittwoch nach Schäubles Angaben als „kontraproduktiv“ bezeichnet. Maliki habe Schäuble wie Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) informiert, sein Land sei an einer Rückkehr der Flüchtlinge interessiert, um den Wiederaufbau voranzutreiben. Dies betreffe insbesondere Christen, die der gebildeten Schicht angehörten. [...]

Vom Tisch ist auf Schäubles Veranlassung vorerst ein Appell des französischen EU-Vorsitzes an die Mitgliedstaaten, freiwillig mehr Iraker aufzunehmen. Einen Beschluss zur Aufnahme können die EU-Innenminister nun frühestens bei ihrer nächsten turnusgemäßen Sitzung am 25. September fällen. Zunächst will die EU-Kommission in Zusammenarbeit mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR eine Beobachtermission in die Region entsenden, um die Lage vor Ort zu bewerten. Ein EU-Diplomat nannte den Fortgang der Debatte „offen“.<sup>9</sup>

Dabei geht es gar nicht um einen Exodus der Christen aus dem Irak, wie auch kirchliche Kreise in Deutschland und christliche Kreise im Irak betonen, sondern um Menschen auf der Flucht, deren Leben akut bedroht ist. Was soll das Gerede der EU-Kommission von einer „Beobachtermission“ in der Region? Das ist reine Verzögerungstaktik. Der UNHCR ist seit Jahren vor Ort, es gibt genügend Beobachter und Beobachtungen, ganz zu schweigen von Schäubles BND, der auch vor Ort ist und genügend Erkenntnisse haben dürfte.

Mit dem neuerlichen Schwenk Schäubles wurde das außerordentlich drängende irakische Flüchtlingsproblem erneut vertagt auf Ende September. Das geht nun schon seit April so. Genauer gesagt, verweigert die BRD seit Jahren den Beitritt zu einem Resettlement-Verfahren der UNO. Im Gegensatz zur schäbigen Haltung der BRD sind Staaten wie Dänemark, Norwegen, Schweden, Niederlande, Finnland, Irland, Großbritannien bereit, Kontingente zwischen 100 und 1.800 Flüchtlinge aufzunehmen. Und sie haben nicht nur ihre Bereitschaft erklärt, sondern sie nehmen solche Kontingente auch konkret auf.

Hinter dem Rückzieher Schäubles stecken die deutschen Unternehmerverbände, die „auf dicke Geschäfte im Irak“<sup>10</sup> hoffen. Am 12. Juli war Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) als erstes deutsches Regierungsmitglied seit dem Irak-Krieg für einen Tag nach Bagdad gereist. Iraks Vizepräsident Tarik al-Haschemi hatte dabei die deutsche Wirtschaft zu Investitionen in seinem Land eingeladen. Deutsche Firmen sollten sich am Wiederaufbau beteiligen. Am 22. Juli kam Iraks Ministerpräsident Nuri al-Maliki persönlich nach Deutschland, um Geschäfte anzubahnen.<sup>11</sup> Zwei Tage später opferte Schäuble in Brüssel die Überlebensinteressen irakischer Flüchtlinge bedenkenlos auf dem Altar der Wirtschaft und wischte sogar eine unverbindliche Absichtserklärung Sarkozys, die schon vorbereitet war, vom Tisch. Im Interview des *Spiegel* mit dem Berliner Prälaten Jüsten äußerte sich dieser freimütig zu den Motiven der deutschen Bundesregierung und des irakischen Premiers:

---

<sup>9</sup> *Spiegel ebd.*

<sup>10</sup> Spiegel online 22.07.2008 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,567206,00.html>

<sup>11</sup> Die deutsche Wirtschaft sieht im Irak ein riesiges Potential. Der Industrie- und Handelskammertag erwartet beim Export zweistellige Wachstumsraten. Auch bei der Ölförderung wollen die Deutschen mitmischen – trotz Sicherheitsbedenken.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sieht gute Perspektiven für die deutsche Wirtschaft im Irak. „In den siebziger und sechziger Jahren war die deutsche Wirtschaft für den Irak einer der wichtigsten Handelspartner überhaupt. Daran können wir anknüpfen“, sagte DIHK-Außenwirtschaftschef Axel Nitschke der „Passauer Neuen Presse“.

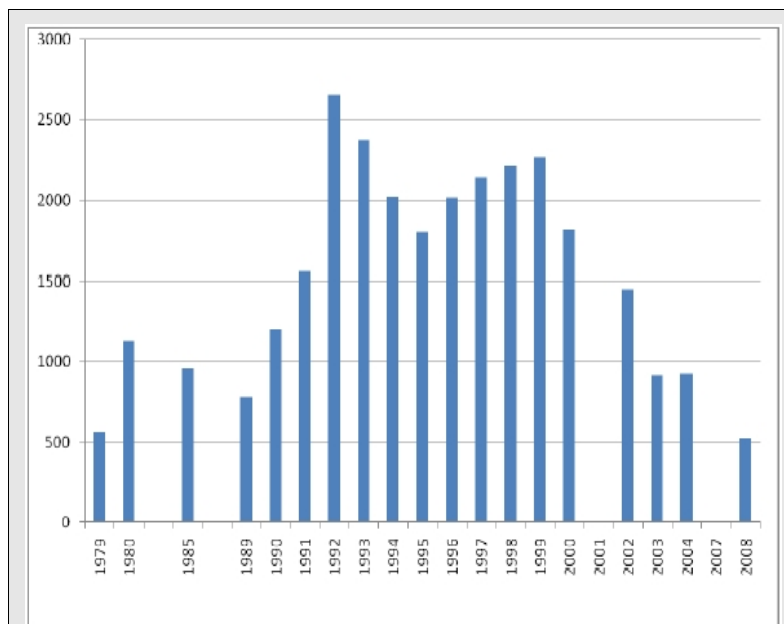
Das Potential sei riesig. Bisher liege der Irak etwa auf Platz 100 im Ranking der deutschen Außenhandelspartner. „Deutsche Exporteure haben im vergangenen Jahr gut 320 Millionen Euro Umsatz im Geschäft mit dem Irak erzielt. Wir erwarten hier für die nächsten Jahre zweistellige Wachstumsraten“, sagte Nitschke. Die Wirtschaft teilt damit die Auffassung von Iraks Ministerpräsident Nuri al-Maliki. Dieser hatte deutsche Firmen im SPIEGEL-Interview aufgefordert, im Irak zu investieren. [...]

Zurzeit kurbelt der Irak sein Ölgeschäft wieder an. In diesem Sektor sieht der DIHK ebenfalls Chancen für deutsche Unternehmen. „Bei der Fördertechnologie sind auch deutsche Anbieter gefragt“, sagte Nitschke. Das Öl könne zur Grundlage für den wirtschaftlichen Neuanfang im Irak werden. Starke Nachfrage, von der deutsche Unternehmen profitieren könnten, gebe es aber auch im Baubereich, insbesondere bei der Wiederherstellung der Infrastruktur. *Spiegel ebd.*

SPiegel ONLINE: Was ist davon zu halten, wenn der irakische Premier sagt, Hilfe ist eigentlich nicht nötig, weil es im Irak aufwärts gehe und die Sicherheit gewährleistet sei.

Jüsten: Herr Maliki möchte natürlich Anreize schaffen, dass europäische Unternehmen wieder in seinem Land investieren. Das ist legitim. In diesem Zusammenhang kommt es ihm nicht gelegen, wenn auf EU-Ebene festgestellt wird, dass die Sicherheitslage im Irak für bestimmte Bevölkerungsgruppen problematisch ist. Dem Vernehmen nach können ausländische Unternehmen wieder im Irak investieren, und das ist auch gut, denn der Irak braucht einen wirtschaftlichen Aufschwung. Aber es gibt nach wie vor eine Verfolgung aus ethnischen und religiösen Gründen. Diese geht nicht von der Regierung aus, sondern von anderen Gruppen. Es handelt sich hierbei um Fälle nichtstaatlicher Verfolgung.<sup>12</sup>

Angesichts der furchtbar hohen Flüchtlingszahlen im und aus dem Irak kann man das Zusammenwirken der irakischen und deutschen Regierung nur als ein übles Komplott bezeichnen. Amnesty International nannte das Einlenken der Bundesregierung gegenüber Maliki „falsch und gefährlich“. Für religiöse und ethnische Minderheiten im Irak habe sich die Sicherheitslage entgegen der Darstellung des Ministerpräsidenten nicht verbessert, erklärte die Irak-Expertin Ruth Jüttner in Berlin. „Nach wie vor werden sie von bewaffneten Gruppen mit dem Tod bedroht, werden Familien aus ihren Häusern vertrieben, Menschen entführt und ermordet.“



Auch in Augsburg ist die Zahl der Flüchtlinge auf dem niedrigsten Stand seit 30 Jahren. Die größte Flüchtlingsgruppe kommt seit längerer Zeit aus dem Irak. Grafik: Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge im Stadtgebiet Augsburg Quelle: Empfehlung des Agendabeirats *Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen des UNHCR-Resettlement-Programms*

Die kriegsähnliche Lage im Irak hat nach Schätzungen rund 4,9 Millionen Menschen in die Flucht getrieben. Davon sind 2,7 Millionen Vertriebene im Irak selbst und weitere 2,2 Millionen in Nachbarstaaten wie Syrien und Jordanien.<sup>13</sup>

Die politische Großwetterlage ist also widrig. Umso bemerkens- und unterstützenswerter ist die Städtekampagne zum Resettlement, die auch unter dem Motto „save me“ läuft. Den Innenministern der Länder und dem Bundesinnenminister, die für die Aufnahme und die Verteilung von Flüchtlingen zuständig sind, muss verdeutlicht werden, dass die Städte bereit sind, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Und die Bürger

können über die Patenschaftserklärungen im Rahmen von „save me“ den Städteverwaltungen verdeutlichen, dass die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement für Flüchtlinge vorliegt. Mit den Patenschaften können die Einwohner der bayerischen Städte den Kommunen den Rücken stärken gegenüber dem Innenminister, der selbst irakische Christen unter den Generalverdacht des Terrorismus stellt. Dabei stellt der UNHCR immer wieder klar, dass es beileibe nicht nur um irakische Christen und auch nicht allein um irakische Flüchtlinge geht.<sup>14</sup>

<sup>12</sup> Spiegel online 24.07.2008 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,567872,00.html>

<sup>13</sup> nach Spiegel online 24.07.2008 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,567846,00.html>

<sup>14</sup> Lassen Sie mich abschließend darauf hinweisen, dass irakische Flüchtlinge mit besonderen Schutzbedürfnissen nicht die einzige Flüchtlingsgruppe darstellen, die bei der Suche nach Aufnahmemöglichkeiten berücksichtigt werden muss. Vielmehr befinden sich nach Schätzungen von UNHCR derzeit mehr als 6,2 Millionen in lang anhaltenden, ausweglosen Flüchtlingssituationen ohne jegliche Aussicht auf eine dauerhafte Lösung. Die betrifft beispielsweise bhutanesishe Flüchtlinge in Nepal, bestimmte Gruppen afghanischer Flüchtlinge im Iran und in

Wenn der Agendabeirat von etwa 300 aufzunehmenden Flüchtlingen für Augsburg spricht und der Ausländerbeirat etwa 150 Flüchtlinge angedacht hat, so zeigt das – die konkrete Zahl ist nicht so wichtig –, dass diese Organisationen Schäuble mit seinem Gerede von 30.000 (irakischen) Flüchtlingen beim Wort nehmen wollen und diese Zahl in etwa auf die Stadt Augsburg heruntergerechnet haben. Das ist das eine unterstützende Argument und das andere ist der Umstand des beschämenden, erschreckenden Rückgangs der Flüchtlingszahlen sowohl bundesweit als auch in der Stadt Augsburg. D.h. eben, dass Kapazitäten zur Aufnahme von mehr Flüchtlingen da sind und genutzt werden können.

Der Augsburger Agendabeirat fordert, das Resettlement „soll im Interesse der Flüchtlinge baldmöglichst und unabhängig von Entscheidungen der EU geschehen“. Diese Forderung ist angebracht, der Bundesinnenminister braucht tatsächlich auf keine Entscheidung auf EU-Ebene warten, denn die EU hat sich im Rahmen des Europäischen Flüchtlingsfonds generell zur Unterstützung des Resettlement-Programms entschlossen und fördert gegebenenfalls das Engagement der Staaten.

- ◆ Wir wenden uns an alle Stadträte in Augsburg, noch vor der Sommerpause auf der Stadtratssitzung am Donnerstag, 31.7.2008 eine positive Entscheidung zum Resettlement zu fällen. Es wäre politisch sehr wichtig, wenn sich eine mittlere Großstadt wie Augsburg als weitere Stadt dieser Resettlement-Kampagne in Deutschland offiziell durch einen Ratsbeschluss anschließen würde.<sup>15</sup> Besonders von den Stadträten der LINKEN erwarten wir uns in dieser Sache jede nur denkbare Initiative und Anstrengung.
- ◆ Wir wenden uns an alle in Augsburg, die ein Herz für Flüchtlinge haben, eine Patenschaft im Rahmen der „save me“-Kampagne zu übernehmen und hierzu das Kontaktformular auszufüllen.<sup>16</sup> In München z.B. wurden zum Zeitpunkt des Stadtratsbeschlusses die Zahl von 850 Patenschaften erreicht (diese Anzahl von Flüchtlingen sollte ursprünglich im Münchner Ratsbeschluss genannt werden).
- ◆ Wir wenden uns mit dem Augsburger Flüchtlingsrat an alle Organisationen, die „save me“-Kampagne durch Erklärung offiziell zu unterstützen. Bisher sieht es so aus: Unter dem Motto „Platz schaffen für Flüchtlinge“ werben: der Augsburger Ausländerbeirat, Attac-Augsburg, der Augsburger Flüchtlingsrat, der Caritasverband für die Diözese Augsburg, das Diakonische Werk-Augsburg, die Deutsch-Bengalische Gesellschaft Augsburg, Fill e.V., das Forum solidarisches und friedliches Augsburg, Pax Christi Augsburg und Tür an Tür e.V. um Unterstützung der Kampagne.

*Peter Feininger, 26. Juli 2008*



Pakistan sowie burundische, somalische, kongolesische und liberianische Flüchtlinge in Tansania, Uganda, Kenia und in der Republik Kongo sowie burmesische Flüchtlinge in Thailand. *Vortrag von Norbert Trosien a.a.O.*

<sup>15</sup> Lokale Kampagnen gibt es u.a. in Berlin, Heidelberg, Tübingen und Reutlingen. Näheres s. <http://www.save-me-kampagne.de/newsleser/items/save-me-kampagne-bundesweit.html>

<sup>16</sup> [http://www.forumaugsburg.de/s\\_2kommunal/Migration/080726\\_save-me/kontaktformular.pdf](http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Migration/080726_save-me/kontaktformular.pdf)